

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Dringergelohr.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 33

Sonntag, den 17. August

1919

Weitere Erfolge in der Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter.

Die Verhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen Zigarrenhersteller über die Gewährung von Ferien und Zahlung eines Lohnaufschlages für die Verarbeitung von Inlandstabaken als Deck- und Umblatt haben stattgefunden und zu folgendem Ergebnis geführt:

Es wurde festgestellt, daß der Ausschuss des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller auf die Arbeitgeberverbände einwirken werde in dem Sinne, daß sie beschließen, daß den Arbeitnehmern Ferien von einer Arbeitswoche gegeben werden sollen, für die ihnen der Lohn nach dem Durchschnitt in der Zeit vom 14. April bis zum 12. Juli weitergezahlt wird. Ferner erhalten alle Arbeiter, auch diejenigen, die nach dem 28. Juli entlassen und kein festes anderweitiges Arbeitsverhältnis eingegangen sind. Die Ferien müssen bis spätestens den 1. November d. J. beendet sein.

Wegen der Zahlung eines Lohnaufschlages für Verarbeitung inländischer Tabaks als Deck- und Umblatt sprachte der Ausschuss des A. d. Z. zum Ausdruck, daß in solchen Fällen, in welchen die Arbeiter glauben, berechtigt zu sein, die Zahlung eines solchen fordern zu können, den Arbeitgebern nichts im Wege steht, eine entsprechende Vergütung für die Verarbeitung inländischer Deck- und Umblatttabake zu vereinbaren. In Fällen, wo eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterauschuss über den zu zahlenden Lohnaufschlag nicht erfolgen kann, sind die Bezirksverbände bereit, auf Ansuchen der Arbeitnehmervertreter, mittelnd einzugreifen.

Damit ist anerkannt worden, daß der Vereinbarung eines Lohnaufschlages für die Verarbeitung der inländischen Tabak als Deck- und Umblatt verarbeiten lassen, die zentralen Lohnvereinbarungen nicht entgegen stehen. Wenn trotzdem die Festsetzung eines zu zahlenden Lohnaufschlages nicht erfolgte, so aus dem Grunde, weil der zu verarbeitende Inlandtabak in der Qualität sehr verschieden ist und eine gleichmäßige Regelung der zu zahlenden Entschädigung zu Unbilligkeiten führen würde. Die in den verschiedenen Orten und Bezirken bereits gezahlten sehr verschiedenen Lohnaufschläge beweisen die Richtigkeit des oben Angeführten. Auch der Umstand, daß schon in Friedenszeiten, wenn auch nur vereinzelt, Inlandtabake zu Umblatt verarbeitet wurden, erschwerete eine generelle Regelung erheblich. Durch die Anerkennung, daß trotz der zentralen Abmachungen für die Verarbeitung inländischer Tabaks als Deck- und Umblatt besondere Lohnaufschläge vereinbart werden können, ist für die Kollegenschaft der Weg geebnet worden, dort, wo durch die Verarbeitung von Inlandtabaken eine Lohnschwächung eingetreten ist, diese durch besondere Vereinbarungen auszugleichen zu können.

Die Regelung der Ferienfrage findet sicher die Zustimmung der Mitglieder, obwohl wir uns nicht verhehlen wollen, daß nicht alle Wünsche derselben erfüllt sind. Beachten wir aber, daß diese Regelung nur eine provisorische ist, während die endgültige den später stattfindenden Tarifverhandlungen vorbehalten bleibt.

Die Kommission, die über die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenherstellung beraten soll, ist nunmehr gewählt. Sie setzt sich zusammen aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Von unserem Verbands gehörten ihr die Kollegen Deichmann, Krohn und Fassung an. Die Kommission wird baldigt ihre Beratungen beginnen und wünschen wir diesen schnelle und gute Erfolge.

Aus Dresden.

Am 26. Juli hielt die Sektion der Zigarrensortierer und Spitzenbinder in Dresden eine gutbesuchte Mitgliederbesprechung ab. Nachdem die Abrechnung über die Tätigkeit der Sektion ab 1. April 1919 ihren Abschluß gefunden hat, gibt Kollege N o b i s einen Rückblick auf das vergangene Halbjahr, besonders über die Mitgliederbewegung. Von den zum Jahresanfang eingetragenen Kollegen haben sich 4 noch nicht zurückgemeldet. Infolgedessen Aufnahme neuer Mitglieder ist im letzten halben Jahre nicht erfolgt. Infolge der in andere Berufsorganisationen verlorenen 3 Mitglieder, sowie 4 Kollegen, die wegen allzu großer Arbeitslast aus der Sektion ausgeschieden sind, sind insgesamt 7 Mitglieder verbleibend. Die zu erledigenden Korrespondenz umfaßt 82 Eingänge und 125 Ausgänge. An diesem Bericht wünscht Kollege Nicolai, daß in Zukunft die Namen der ein- und austretenden Mitglieder bekanntgegeben werden. P e s c h e l fragt an, ob von der in Aussicht ge-

nommenen Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe schon etwas beschlossen wurde. Da aber leider Kollege G e r l o f f in der Versammlung selbst nicht anwesend sein kann, läßt sich ein klares Bild nicht entwickeln. B e r n h a r d und N o b i s teilen hierzu mit, daß in den nächsten 14 Tagen eine allgemeine Mitgliederbesprechung der Sektion stattfinden soll, in welcher G e r l o f f die näheren Ausführungen geben wird. Die Redner wünschen, daß die Kollegen sich recht zahlreich einstellen möchten und dort ebenfalls das Interesse für diese Angelegenheit an den Tag legen. P r e i s l e r fragt an, wie sich die Kollegen bei Wiederaufnahme und Wiedereröffnung der Fabriken die Einstellung der Arbeitslosen denken. N o b i s gibt Erläuterungen, wie die Einstellung der Arbeitslosen bisher von den Fabrikanten gehandhabt worden ist. Dieses hat unter dem größten Teil der arbeitslosen Kollegen nicht geringe Enttäuschungen hervorgerufen, zumal den aus dem Felde eingezogenen Kollegen am Ende der Arbeitslosigkeit kein Lohn gewährt, daß die Kollegen mehr Solidarität zeigen sollten, wenn es um die Tabakarbeiter geht. Da nun nach der Tabakarbeiter die Sorrierer noch zu berücksichtigen sind, die Kollegen dahin streben möchten, das Arbeitslosienproblem im Allgemeinen tritt er bei Wiederaufnahme der Arbeit für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein: der Arbeitgeber möchte auf Ausnahme und Ermäßigung, sowie in der Hauptsache auf Lohnfragen Einfluß im Betriebe haben. N o b i s spricht seine Verwunderung über das Verhalten des Vorstandes bezüglich der Tabakarbeiter aus. Während bei früheren Tabakarbeiter von Seiten des Vorstandes in allen Angelegenheiten, wie im „Tabak-Arbeiter“, zum klaren Ausdruck gebracht und Verhandlungen abgehalten worden sind, ist jetzt das Verhalten der Tabakarbeiter insofern anders, als es früher war, wie abermals Tausende von Tabakarbeiter krolllos gemacht werden sollen. Man schiene sich in Bremen mit dieser nicht mehr zu umgehender Tatsache abgefunden zu haben und sich in das Unabänderliche fügen zu wollen. Was nun die Einstellung der Kollegen anbetrifft, so wäre es sehr an der Zeit, daß man Anforderungen trifft. Es künden zurzeit noch Kollegen in Betrieben, die weit über 100 A. verdienen. Diesen soll man ein Arbeitspensum stellen in Höhe von 90 A. pro Woche. Dann würde es sich möglich machen, daß noch einige Arbeitslose eingestellt werden könnten. Auch wäre die Einführung des ungeschickten Arbeitens, wie bei der Tabakarbeiter 1909, in Erwägung zu ziehen. Dann könnten sich die Arbeitslosen wenigstens einigermassen über Wasser halten, denn fast sind dieselben nicht einmal in der Lage, die ihren zugewiesenen monatlichen Lebensmittel kaufen zu können. N i c o l a i tritt den Ausführungen P e s c h e l s entgegen, er hält es für nicht angebracht, daß man die noch in Arbeit stehenden Kollegen entlassen soll und dafür Arbeitslose einzustellen. Die betreffenden Kollegen würden sich entschieden weigern, aufzutreten. Rechtslich besteht ein Anspruch auf Entlohnung, wenn ein arbeitsloser Kollege den Arbeitsvertrag nicht befristet hat. P r e i s l e r wünscht, daß wir als kleine Sektion doch mehr Solidarität zeigen sollten. Bei Einstellung möchte doch die Länge der Arbeitslosigkeit in Frage kommen. Man solle eine Kommission einrichten, welche die Verhältnisse zu prüfen hätte und die Einstellung der Kollegen in Vorhineil bringe. N o b i s gibt Ausführungen über die bisher gehandhabte Einstellung seitens der Fabrikanten, dabei betont, daß zwischen dem Verbands der Sorrierer in Minden und dem Arbeitgeberverbände bestimmte Richtlinien vereinbart worden sind. Er sieht sich bei seinen Ausführungen auf bestimmte Informationen und wird beantragt, sich in dieser Frage mit dem Vorstande in Verbindung zu setzen und um diesen Rat zu erfragen. P e s c h e l stellt ferner die Anfrage, ob es nicht möglich sei, die vierteljährliche Unterstützung der Arbeitslosen von 10 auf 15 A. zu erhöhen. P r e i s l e r führt als Kassierer hierzu aus, daß dies nicht anders durchführbar sei, als daß man den Fonds anreichert. B e r n h a r d und N o b i s schließen sich diesen Ausführungen an und befrworten einen diesbezüglichen Antrag P e s c h e l s, der dann einstimmig Annahme fand. Ferner weist N o b i s noch darauf hin, daß seitens des Zentralarbeitsnachweises der Versuch gemacht wird, Kollegen, die länger als 3 Jahr arbeitslos sind, in die Gewerke und landwirtschaftlichen Betriebe abzugeben. Jeder Kollege sollte sich daneben bemühen und eventuell eine ärztliche Untersuchung beantragen. Desgleichen macht P e s c h e l aufmerksamer, daß der Zentralarbeitsnachweis Arbeit vermittelt für 1,40 A. pro Stunde. Nehme man für diesen Lohn eine Arbeit an, so mache man sich anderen Berufs Kollegen gegenüber um Lohnbrüder. Die Ortsverwaltung soll erucht werden, gegen ein derartiges Gebaren Protest einzulegen. Er stellt den Antrag, die Kollegen zu informieren, wie sie arbeitslos geworden sind. N o b i s spricht gegen diesen Antrag. Er führt aus, daß dieser Antrag verschiedene Härten in sich habe. Es gäbe auch Kollegen, die freiwillig arbeitslos aus dem Dienste ausgeschieden sind, um einer weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit oder vollständiger Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Viele Kollegen wollen doch aber auch wieder zu ihrem alten Beruf zurückkehren. Weshalb könne man in anderen Berufsarten Tabakarbeiter arbeitslos machen, weil sie meist körperlich nicht den arbeitslosen Anforderungen entsprechen. Auch käme es dann vor, daß Kollegen, die eigentlich als Kriegsschädigte gelten, auf Grund ihrer Krankheiten oder Verwundungen erst später vom Militär entlassen werden könnten, vollständig bei der Besetzung der Stellen ausbleiben, wiewohl jeder Fabrikant verpflichtet worden ist, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigte aufzunehmen. In dieser Beziehung sei auch er überzogen worden, trotzdem ihm Beschäftigung ausgesetzt worden sei. Würde dieser Antrag P e s c h e l angenommen, so würde er seine weitere Arbeit in Bezug auf den Arbeitsnachweis in Frage stellen. Hierfür stellt P e s c h e l seinen Antrag zurück und beantragt die Wahl einer vierköpfigen Kommission, die gemeinsam mit der Sektionsleitung die weiteren Schritte unternehmen soll. Wie die Frage der Einführung einer arbeitslosen Stütze auszuführen. Dieser Antrag wird angenommen und werden die Kollegen P e s c h e l, N o b i s, G e r l o f f und P r e i s l e r zu derselben gewählt. Kolleginnen und Kollegen! Obwohl diese Versammlung unserer Mitgliederbesprechung entsprechend aufgebracht war, so ist man immer wieder ein und dieselben Gedächtnis. Man muß sich nur erinnern, daß es immer noch Kollegen gibt, die noch nicht beschäftigt haben, daß gerade die Verarmtesten die Lage sind, und gerade vermissen wir in unseren Zusammenkünften diejenigen Mitglieder, die das Glück hatten, während der verdringenen Jahre handig in Arbeit zu stehen. Mit es nicht zum größten Teile des Dankens der Organistat, wenn ihre wirtschaftliche Lage den jetzigen Verhältnissen entsprechend verbessert wurde? Ich glaube wohl, denn aus eigener Kraft wäre dies nicht zu erreichen ge-

wesen. Darum, Kollegen, richte ich an alle den Appell: Versäumt keiner die von keiner Sektion festgesetzten Veranstaltungen!
Wolfgang Röhle

Aus Freiberg.

Sektionsversammlung der Sorrierer am 21. Juli. Nach Besprechung der Abrechnung der Lokalfassung durch den Kollegen B a u m h a r d t besaßte sich die Versammlung mit der zukünftigen Gestaltung unseres Arbeitsnachweises. Kollege N e b e n t s c h macht den Vorschlag, den Arbeitsnachweis der Sorrierer dem städtischen Arbeitsnachweis anzugliedern und glaubt dadurch, bei voll. Wiederaufnahme der einzelnen Betriebe eine Bevorzugung einzelner Kollegen durch die Fabrikanten auszuschließen. Die weitere Ansprache erkannte wohl den Vorschlag an, aber bei Annahme desselben verliert die Sektionsleitung jede Überacht und jeden Einfluß und verspricht sich hieraus keine Vorteile, aber Nachteile. Kollege B a u m h a r d t äußert sich in dem Sinne, den Arbeitsnachweis wie bisher weiterzuführen und bei offenen Stellen in erster Linie verheiratete Kollegen zu berücksichtigen. Kollege W. fährt weiter aus, daß für unsere zukünftigen Berufsträger, ebenso für die Arbeitsvermittlung, durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine gesetzmäßige Grundlage geschaffen wird. Die Versammlung beschließt, den Arbeitsnachweis in der Weise wie bisher weiterzuführen und erklärt sich damit einverstanden, daß die verheirateten Kollegen zuerst wieder eingestellt werden. Die Sektionsleitung wird beauftragt, die hiesigen Fabrikanten von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Unter Gewerkschaftlichen wurde das Verhalten der Fabrikanten kritisiert. Dort wollten die vom Geeresdienst entlassenen Kollegen wieder in Arbeit treten; die Firma erklärte sich wohl dazu bereit, aber den Kollegen wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß der Betrieb in allererstter Zeit wegen Mangel an Tabak geschlossen werden müßte. Die Kollegen waren der Ansicht, angesichts der Schließung des Betriebes von ihrer Einstellung abzusehen und ließen sich mit in das große Meer der Arbeitslosen einreihen. Die Zukunft hat aber gelehrt, daß es die Firma nicht ehrlich gemeint hat. Als die Kollegen ihre Einstellung verlangten, schrieb man dem Januar 1919 und man hat von einer Einstellung des Betriebes nichts gehört, bis zum Ende Juli die Fabrik geschlossen wird. Was die Firma verlangt hat, so zu handeln, wollen wir heute nicht mehr unterzeichnen, hoffen aber, daß die Firma bei Wiederaufnahme von neuem Arbeitsnachweis Gebrauch macht. Betreffs der Arbeitslosen macht Kollege S c h u b e r t den Vorschlag, da eine geplante Demonstration der Arbeitslosen infolge zu großer Courage derselben ins Wasser fiel, daß das Gewerkschaftsamt sich mit dieser Gelegenheit beschäftige und durch eine Eingabe an das Stadtparlament veruche, etwas für die Arbeitslosen herbeizubekommen. Zum Schluß möchte die Sektionsleitung an die Kollegen das Ersuchen richten, die Versammlungen, sei es Tabak- oder Sorrierer-Versammlung, besser zu besuchen, denn es müßte doch ein jedes jenseitig Interesse haben, zu wissen und hören, wie es in unserer Branche aussieht.

Am 19. Juli fand eine Mitgliederbesprechung statt. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 2. Quartal und 2. Gewerkschaftliches. Die Abrechnungen der Verbandskassen sowie die der Lokalfassung wurden von 2. Bevollmächtigten, Kollegen Baumhardt, vorgelegt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, der Verwaltung für die geleistete Arbeit eine höhere Entschädigung zu bewilligen als bisher. Die Verwaltung hatte sich schon mit dieser Sache befaßt und legte der Versammlung einen diesbezüglichen Beschluß vor, mit welchem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Der 2. Punkt befaßte sich hauptsächlich wieder mit der Unterstützungsfrage für arbeitslose Tabakarbeiter. Kollege N e h n e als Mitglied des Arbeitslosenausschusses gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß er von Seiten der Sektionsleitung nicht mit dem nötigen Material, betr. die gesetzlichen Bestimmungen ausgestattet wäre, so daß er nicht in der Weise mit der Behörde arbeiten kann, als wie es der Fall sein müßte. Die Ortsverwaltung hatte sich bemüht, da mit den einzelnen Antragstellern auf Erwerbslosigkeitsfürsorge so verschieden verfahren wird, nun endlich einmal ins Reine zu kommen. Aus diesem Grunde fand eine Besprechung der Ortsverwaltung unter Hinzuziehung des Stadtrates und des Arbeitslosenausschusses statt. Der mit anwesende Gauleiter, Kollege G e r l o f f, vertriebe den Stadtrat auf die gesetzlichen Bestimmungen, die betr. der Tabakarbeitslosenfurssorge bestehen und nach denen die Behörde so verfahren habe. Der Stadtrat erklärte, nicht im Besitze dieser Bestimmungen zu sein, und die Ortsverwaltung, welche ebenfalls das Interesse hatte, diese gesetzlichen Bestimmungen in ihrem Besitze zu haben, ersuchte den Gauleiter, Auszüge resp. Abschriften zu übermitteln. Kollege B a u m h a r d t gab die schriftlichen Eingänge bekannt. Mit dem Resultat dieser Korrespondenz des Gauleiters konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären und bezeichnet die Handlungsweise als nicht korrekt. Um allen Kollegen und Kolleginnen einen Überblick über die Vermögensverhältnisse des Verbandes zu geben, ersucht Kollege N e h n e, dem Hauptvorstand den Vorschlag zu unterbreiten, die Jahresabrechnung laut Jahresbericht im Tabak-Arbeiter zu veröffentlichen. Kollege B e r n o t gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Ausgaben für Verwaltungsunkosten eine solch große Summe betragen und vertrat die Meinung, hier zu sparen und für den eigentlichen Zweck unseres Verbandes mehr anzusammeln. Kollege B a u m h a r d t gab noch eine Zusammenstellung unserer Mitgliederbewegung bekannt; daraus sei hervorgeht, daß 1901 92 Mitglieder und 1918 618 Mitglieder vorhanden waren. Zum Schluß entspann sich noch eine lebhafte Debatte, u. a. wurde das Verhalten des Vorstandes betr. Protestbewegung gegen die Tabakarbeiter scharf kritisiert.

J. V. Kurt Schubert

Aus Berlin.

Am 24. Juli fand in Berlin eine stark besuchte Mitgliederbesprechung statt. Zunächst wurde der Kassierbericht gutgeheißen. Kollege N o s e n t h a l gab den Bericht vom 10. Gewerkschaftstongress in Nürnberg. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die politischen Leistungen des Kongresses nicht allzu hoch eingeschätzt werden dürfen. Eine Diskussion fand nicht statt. Recht stürmisch ging es beim Bericht über den Verlauf der Verhandlung wegen Abschluß eines Lohnvertrages in der Zigarrenbranche zu. Schon während des Berichtes Armbrust die einzelnen Fälle des Tarifes bekanntgab und dabei betonte, daß sich die Fabrikanten weigerten, ab 1. Was-

